

reisenden erlauben, die das Land zu geschäftlichen Zwecken bereisen, und beträgt 100 Kronen für den Monat. Den Klagen der deutschen Ingenieure hatte im Anfang vorigen Jahres namens der deutschen Reichsregierung der deutsche Gesandte in Stockholm Ausdruck gegeben, wobei er darauf hinwies, daß die betreffenden Ingenieure nicht ausgesandt würden, um Handel abzu schließen, sondern um Einzelheiten über bereits abgeschlossene Geschäfte zu erledigen. Diese Beschwerde veranlaßte eine weitläufige Erhebung bei den schwedischen Behörden, und auf Grund der eingelaufenen Gutachten hat jetzt der König erklärt, es seien keine Fälle bekannt geworden, aus denen sich ergebe, daß schwedische Behörden von solchen Ingenieuren, von denen hier die Rede ist, die Handelsabgabe verlangt hätten. Aus den einschlägigen gesetzlichen Verordnungen ergebe sich auch deutlich, daß deutsche Ingenieure in Schweden Steuerfreiheit genießen, sofern sie keine neuen Geschäfte abschließen. Damit bürten die Beschwerden endgiltig ihre Erledigung gefunden haben. Ueber die Befreiung der Handelsreisenden, die in solcher Höhe in andern Ländern kein Gegenstück findet, hatte sich insbesondere in der deutschen Handelswelt der stärkste Unwille Luft gemacht, der sich sowohl gegen die Steuer überhaupt, als auch gegen die Bestimmung richtete, wonach die Steuer für den Kalendermonat entrichtet werden muß. Ein Reisender, der gegen Ende eines Monats begann und seine Thätigkeit bis in den Anfang des nächsten Monats fortsetzte, hatte also 200 Kr. Abgabe zu erlegen. Die diesfahen Beschwerden haben nun wenigstens dahin geführt, daß der letzte Reichstag seine Einwilligung dazu gegeben hat, daß die Abgabe für 30 Tage entrichtet wird. Eine Ermäßigung hat dagegen nicht stattgefunden, da die Höhe der Steuer nicht nur den Zweck habe, „daß hier im Lande gewonnene Einkünfte aus Handel und Gewerbe zu besteuern



